

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siebener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

# Gießener Anzeiger

## General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Preußischen Universitäts- und Steindruckerei, R. Lang, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 51. Redaktion: 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Siegen.

### Hessische Erste Kammer.

Darmstadt, 1. Juli.

Am Freitagsmorgen: Staatsminister Dr. v. Ewald, Finanzminister Dr. Braun, Minister des Innern v. Homberg, Staatsrat Forbächer.

Präsident Graf v. Görtz-Schlip eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Erster Beratungsgegenstand ist die Regierungsvorlage betreffend die

### Revision der Gesetze über die religiösen Orden etc.

Nachdem die Dringlichkeit der Vorlage beschlossen worden ist, erörtert

Herr Justizrat Kleinschmidt den mündlichen Ansuchenbericht. Er weist darauf hin, daß die ganze Frage schon im März 1913 die Kammer beschäftigt habe und daß dieselbe zwar dem Ersuchen des Antrags Dr. Schmitt auf Vorlegung eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfs, nicht aber der Begründung des Antragstellers beigetreten sei, in welcher „Welches Recht für alle“ verlangt wurde. Der Referent legt dann die von der Zweiten Kammer beschlossenen Abänderungen der Regierungsvorlage näher dar. Am meisten umstritten war die Bestimmung über die erweiterte Zulassung von Lehrschwestern für das Institut der Englischen Fräulein und die Zulassung neuer Ordensniederlassungen. Besonders bemerkenswert war der Bescheid der Zweiten Kammer, daß die Zulassung weiterer Lehrschwestern nicht, wie die Regierungsvorlage es wollte, nach Maßgabe des Bedürfnisses erfolgen soll, sondern die Zahl der Lehrschwestern auf den Stand vom 1. April 1914 beschränkt bleibt. Der Redner beantragt schließlich, der Regierungsvorlage nach den Abänderungsbeschlüssen der Zweiten Kammer zustimmen. Der Gesetzentwurf beantragt ferner die Annahme einer Entschließung Dr. Dinn, daß die Zustimmung keine Präjudiz für die bevorstehende Novelle zur Volksschulgesetzgebung bedeuten solle und den Antrag, die Regierung zu eruchen, alle drei Jahre in eine Denkschrift über den Stand der Ordensangelegenheiten vorzulegen.

Die beiden Ausschussmitglieder Fürst Solms-Hohenseim-Lich und Graf Stolberg-Kopsa erklären, daß sie nur aus Zweckmäßigkeitsgründen der Entschließung zustimmen.

In der Generaldebatte nimmt zuerst das Wort Prälat D. Höding. Er stellt zunächst fest, daß bei dem Erlaß des Ordensgesetzes vom Jahre 1875 die Evangelische Kirche in keiner Weise beleidigt gewesen sei. Besonders die Zulassung neuer Ordensniederlassungen in Bensheim und Offenbach und die Genehmigung einer Benediktinerabteilung in Mainz haben in weiten evangelischen Kreisen große Besorgnisse erweckt, weil keinerlei Gewähr für die Wahrung des religiösen Friedens gegeben sei und namentlich auf dem Gebiet der gemäßigten Ehen durch die neuen Niederlassungen weitere Unaufräglichkeiten eintreten würden. Die Haltung der Regierung sei im Gegensatz zu früher jetzt viel entgegenkommender gewesen. Es sei doch nicht in Abrede zu stellen, daß mit der jetzigen Revision nur der erste Schritt zum Abbau der ganzen Ordensgesetzgebung getan wird.

Graf Erbach-Fürstenaub gibt seinem Schmerz und Bedauern darüber Ausdruck, daß bei den Verhandlungen in der Zweiten Kammer so viel Wasser in den Wein gegossen worden ist. Die Schuld daran trägt die Agitation der evangelischen Geistlichkeit. Sie betont das historische und das ideale Moment und das ist sehr schön, aber sie vergißt, daß das alte Verhältnis schon lange nicht mehr besteht. Als sich früher ein Wort darüber besagte, daß er die verpölnischen Namen nicht behalten könne, wurde ihm erwidert: Haben Majestät die verpölnischen Länder einachtet, so müssen Sie jetzt auch die verpölnischen Namen behalten. Das müsse auch für Hessen und seine katholische Bevölkerung Geltung haben. Aus der ganzen Agitation und auch aus den Worten des Redners klang die Besorgnis heraus. Nur dann, wenn diejenigen Rechte behalten sollten, daß in der evangelischen Kirche nur der Titel der Bibel und von ihrer Tätigkeit nur der Kampf gegen die katholische Kirche übrig bleiben werde, sei es an der Zeit, sich vor Rom zu fürchten.

Domkapitular D. Wendt: Die Mitglieder dieses Hauses werden ja ihre Meinung schon längst geäußert haben, er halte sich aber doch für verpflichtet, noch einmal die ganze Entwicklung der Sache darzulegen. Es handle sich durchaus nicht um irgend eine politische Aktion des Zentrums, irgend einen politischen Erfolg, und es könne durchaus nicht von einem Sieg des Zentrums gesprochen werden, wie dies im gestrigen „Täg. Anz.“ gechehe. Man wolle nur Hilfe und Stütze erhalten für die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche. Ohne die erst in letzter Stunde eingebrachten Anträge des Abg. Korrell-Jungelheim wäre die Vorlage der Regierung allzu angenommen worden, jetzt seien die Erzeugnisse auf ein Minimum herabgeschraubt worden. Die Fassung der Zweiten Kammer sei im höchsten Grade gefügbar und annehmbar und sachlich nicht verbessert worden. Redner wendet sich gegen die Behauptung, daß durch das Gesetz in Hessen eine „Verflöschung“ eintreten könnte. Wenn wirklich die Tätigkeit der Frauen und Mädchen in den Orden zunähme, so würde das doch in sozialer Beziehung gewiß kein Unglück gewesen sein. Sehr ausführlich bespricht der Redner dann die einzelnen Abänderungen und die Anträge Korrell-Jungelheim, und besagt, daß in der Debatte Ausdrücke wie die „Macht der toten Hand“ ihm nicht gefielen. Der Abg. Korrell-Jungelheim habe den religiösen mit dem politischen Standpunkt zusammengeordnet; sogar die rote Seite, die Sozialdemokraten hätten bestritten, daß Korrell Recht habe und die Standpunkte von dem seinen gar nicht weit auseinander gehe. Eine große Gefahr für die Gesellschaft liege doch die Auffassung des „Barrens Korrell“, der sich als linksliberaler Theologe bekann, daß er behauptet, auch das Wesen der katholischen Kirche von der gemäßigten Seite zu erklären. Die Abg. Dr. Dinn und Dr. Stephan hätten Anschauungen vorgetragen, die der alten Zeit angehörten, die aber aus dem altliberalen Standpunkt heraus zu verstehen seien. Es sei beschränkt, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich imitativ herausföhlte, es sei für ihn in der Vereinigung des liberalen Barrens und des radikalsten Schulmanns etwas zu holen. Der Redner gibt zum Schluß eine von ihm und mehreren anderen katholischen, sowie einem evangelischen Mitglied des Hauses unterzeichnete Entschließung bekannt, worin sie erklären, daß sie nur unter schweren Bedenken der Vorlage zustimmen könnten. Sie bedauern die Verschlechterung der Regierungsvorlage in der Zweiten Kammer besonders durch die unbegründete Einföugung schulpolitischer Fragen im Zusammenhang mit der zu erwartenden Volksschulnovelle. Trotzdem wollen aber die Unterschriften für die Vorlage stimmen, um die Dringlichkeit und das Bedürfnis der Vorlage zu betonen, andererseits auch, weil sie zur Regierung, deren sachliche, dem konfessionellen Frieden dienende Haltung sie dankbar anerkennen, das Vertrauen haben, daß sie in Erkennung dieser Dringlichkeit eine baldige Anwendung des Gesetzes ermöglichen werden.

Nach einer kurzen Pause wendet sich Prälat D. Höding gegen verschiedene Ausführungen des Grafen Erbach-Fürstenaub. Dessen Bedauern, daß etwas Wasser in den Wein bei den Verhandlungen gegossen worden sei, teile er nicht. Die Behauptung, daß die ganze Agitation durch die evangelische Geistlichkeit hervorgerufen worden sei, heiße doch, die Intelligenz des Landes niederzuschlagen. Der Herr Graf wolle mit seinen Bemerkungen den evangelischen Geistlichen wohl überhaupt das Recht abschneiden, sich über diese Frage zu äußern. Wenn er, Redner, von Besorgnissen in der evangel. Bevölkerung gesprochen habe, so lögen diese nicht,

wie Graf Erbach-Fürstenaub wohl meine, etwa darin, daß durch die Vorlage der Bestand der evangelischen Kirche gefährdet werden könnte, sondern er lege nur Besorgnisse bezüglich des friedlichen Zusammenlebens der beiden Konfessionen. Mit das, was Abg. Korrell in der Zweiten Kammer geäußert habe, brauche ja wohl der Redner hier nicht einzutreten. Er müsse aber doch entschieden dagegen auftreten, daß hier eine theologische Richtung in der Kirche mit einer bestimmten politischen Partei identifiziert werde. Der vom Grafen Erbach-Fürstenaub gegenüber betonten Ohnmacht der evangelischen Kirche bemerkte er, daß ihre besten Waffen in der Bibel und in den Erzeugnissen der Reformation liegen.

Graf Erbach-Fürstenaub erwidert kurz und führt aus, daß er den evangelischen Geistlichen nicht nahe treten wolle.

Damit ist die Generaldebatte beendet. In der Einzelberatung werden die verschiedenen Artikel des Gesetzes mit den von der Zweiten Kammer beschlossenen Änderungen angenommen, desgleichen die Entschließung des Abg. Dr. Dinn, daß mit diesen Beschlüssen für die kommende Beratung der Novelle zum Volksschulgesetz kein Präjudiz geschaffen werde, und der Antrag Dr. Dinn, worin die Regierung um die Vorlage einer Denkschrift für jeden Landtag ersucht wird. Die vorher schon zwei andere Mitglieder, erklären jetzt auch Graf Görtz und Fürst Pfensberg-Wächtersbach, daß ihnen die Zustimmung zu der Entschließung schwer werde und sie sich nur aus Zweckmäßigkeitsgründen dazu entschlossen hätten.

Bei der Gesamtabstimmung wurde alsdann das ganze Gesetz nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer mit allen Stimmen gegen die des Prälaten D. Höding angenommen, der seine Abstimmung kurz motivierte.

Die Tagesordnung ist damit erledigt und die Sitzung schließt um 12 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 8. Juli.

### Aus Hessen.

#### Fünf neue Amtsrichterstellen.

Darmstadt, 1. Juli. Der parlamentarische Ausschuss zur Vereinfachung der Staatsverwaltung hielt heute nachmittag unter Vorsitz des Staatsministers Dr. v. Ewald eine Beratung ab, der auch Staatsrat Dr. Volk beizuhöte. Der Ausschuss hatte sich mit der Prüfung der auf Antrag der Abg. Dr. Dinn, Dr. Stephan und Dr. Winerz bewilligten 7 neuen Amtsrichter- und 2 neuen Staatsanwaltschaften beschäftigten. Das Justizministerium hatte in einer feinen Denkschrift von diesen neu zu schaffenden Stellen fünf Amtsrichterstellen für notwendig erklärt und zwar je eine für Darmstadt II, Mainz, Offenbach, Siegen und Bad-Nauheim. Diese 5 Amtsrichterstellen wurden nach längerer Erörterung vom Ausschuss gutgeheißen und genehmigt, die weiter angeforderten 2 Amtsrichter- und 2 Staatsanwaltschaften abgelehnt.

Darmstadt, 1. Juli. Der Finanzausschuss der Zweiten Kammer veranlaßte sich heute nachmittag zu einer Beratung über die beiden Regierungsvorlagen, betreffend den Erwerb der Fürstlich Braunsfelschen Braunkohlengruben zum Preise von 360 000 M. und der damit in Verbindung stehenden weiteren Vorlage auf Erweiterung der Braunkohlengrube „Ludwigschöpfung“, für welche die Anlage eines dritten Kaskinennagregates usw. zum Preise von 250 000 M. durch den Erwerb der Fürstlich Braunsfelschen Kohlengruben erforderlich werden würde. Der Finanzausschuss beschloß nach eingehender Beratung, den vom Staat vorgeschlagenen Erwerb dieser Kohlengruben und damit auch die geplante Erweiterung der Braunkohlengrube „Ludwigschöpfung“ bei Wörschheim zurück abzulehnen, weil sich aus den Unterlagen nicht mit vollständiger Klarheit die Verhältnisse überblicken lassen und weil dem Ausschuss die Entschließung über so wichtiger Vorlagen so kurz vor dem Schluß des Landtags nicht mehr möglich und zweckmäßig erscheint.

### Durazzo vor dem Fall.

Durazzo, 30. Juni. Nach einem gestern abend hier eingelaufenen, bisher geheimegehaltenen Telegramm drang Prenk Bibboda am Sonntag bis Rasputi vor. Hier fand ein kurzer Kampf mit den Rebellen statt, worauf Prenk Bibboda seinen Leuten den Rückzug befahl und bis Jem zurückging. Die freiwilligen Artilleristen Mertens und Pefosta Gjal brachten die dort befindlichen Geschöze in Sicherheit. Die durchaus unbegründete Fucht Prenk Bibbodas, welche teilweise durch fremde Einflüsse, teilweise darauf zurückgeföhrt wird, daß der größte Teil der Mannschaften, anstatt in den Stellungen zu verbleiben, auf Raub ausgezogen war, hat in Durazzo große Enttäuschung hervorgerufen. Für den Nachmittag oder morgen wird ein Angriff der Rebellen auf die Stadterwartet. Es wird befürchtet, daß während Prenk Bibbodas Truppen gegen Norden abziehen, die Rebellen die gegen Prenk Bibboda konzentrierten Mannschaften zum Angriff auf die Stadt heranziehen. In der Richtung von Ravaja gegen Rasbul sind ungemein starke und lebhaftere Verchiebungen der feindlichen Streitkräfte beobachtet worden.

Durazzo, 30. Juni. 10.40 Uhr abends. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ hat Prenk Bibboda seine Truppen entlassen und sich nach Alessio zurückgezogen. Aufeinander hat er die Unmöglichkeit eingesehen, den Rebellen noch länger Widerstand zu leisten, und es vorgezogen, sich zurückzuziehen, um Plünderungen zu vermeiden.

Wien, 1. Juli. (B. S.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Durazzo: Angesichts der schwierigen Lage hat die Regierung beschlossen, die Minister Turatti und Rusid nach Italien zu schicken, um mit Giald Vajcha in Unterhandlungen einzutreten, damit er zu Gunsten des Fürsten interveniere und ihn vor dem vollständigen Ruin bewahre. Die Minister bescheiden sich dann nach Rom, um zusammen mit Turfan Balcha mit der italienischen Regierung zu konferieren.

Durazzo, 2. Juli. Heute früh 8 Uhr wurden die sterblichen Ueberreste des Obersten Thomson, der in den Kämpfen vor Durazzo gefallen ist, durch albanische Gendarmen nach dem Hafen gebracht. Die holländischen Offiziere, Vertreter der Kontrollkommission und die Minister gaben dem Zuge das Geleit. Beim Konal schloß sich auch der Fürst dem Zuge an. Hauptmann Thomson, der Bruder des Gefallenen, sprach seinen Dank für diese Ehrenbezeugungen aus.

Wien, 1. Juli. Wie die „Neue Freie Presse“ von diplomatischer Seite erföhrt, hat der französische Vorkommandant Du Maine vor einigen Tagen dem Grafen Berchtold mitgeteilt, daß die italienische Regierung grundsätzlich mit dem Vorschlag einverstanden sei, daß der Kommandant der internationalen Truppenabteilung in Schiari, Oberst Philipp mit Hilfe der in Schiari amwe-

senden internationalen Offiziere ein Korps von 3000 Mann bildet, das aus Albanen rekrutiert und von europäischen Offizieren ausgebildet werden soll.

Wien, 1. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Durazzo: Hier wurde die Aufstellung einer Fremdenlegation beschlossen. Die Aufnahme in die Legation findet ausschließlich in Durazzo statt.

### Aus Mexiko.

Washington, 1. Juli. Nach einer Beröschung mit Staatssekretär Bryan bezeichnete Präsident Wilson die Lage in Mexiko als so günstig, wie sie den Umständen nach sein könne. Er hoffe immer noch, daß die Vermittlung zum Frieden führen werde, und glaube, daß schon viel Gutes dadurch erreicht sei, daß das gute Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten und dem lateinamerikanischen Amerika sich bestärkt habe.

Washington, 1. Juli. Der englische Gesandte in Mexiko, Carden, benachrichtigte den englischen Vorkommandant in Washington, die Stadt zu verlassen und in Sonora nach Veracruz zu fahren. Die Absicht, die Flüchtlinge nach Puerto Mexico zu bringen, sei aufgegeben worden.

Niagara Falls, 2. Juli. Die Absicht, die Vermittlungskonferenz auf unbestimmte Zeit zu verlagern, ist auf Beseitigung der Regierung der Vereinigten Staaten wieder in Baden geraten. Die amerikanische Regierung deutete an, daß eine solche Verlagerung als ein Abbruch der Verhandlungen gedeutet werden könnte. Diese Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten wurde den lateinamerikanischen Delegierten mitgeteilt, die darauf erklärten, ihre Abreise bis morgen verschoben zu wollen.

### Provinzial-Ausschuss der Provinz Oberhessen.

Siegen, den 1. Juli 1914.

Anwesend: Provinzialdirektor Geheimrat Dr. Winger, als Vorsitzender, 4 Mitglieder und 1 Ersatzmitglied. Beginn 3 1/2 Uhr, Ende 5 1/2 Uhr.

Entscheidung von Gelände in der Gemarkung Alsfeld zur Erweiterung des Bahnhofs Alsfeld. Zur Erweiterung des Bahnhofs Alsfeld beantragt die Kgl. Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. eine Anzahl Grundstücke, über deren Abtretungspreis sich eine gültige Einigung nicht erzielen ließ. Die Volkskommission erstattete unter Zuziehung Sachverständiger ein eingehendes Gutachten und legte die Akten dem Provinzialausschuss zur Entscheidung vor. Nachdem dieser an Ort und Stelle Einsicht genommen hatte, war heute zunächst über den Antrag der Eisenbahndirektion auf vorläufige Besitzeinweisung zu entscheiden. Der Provinzialausschuss erkannte das Unternehmen als dringlich an und erklärte die Einweisung der Unternehmerin in den Besitz der zu enteignenden Grundstücke gegen Hinterlegung der von der Lokalkommission begutachteten Entschädigungssumme von 47 198 Mark für zulässig. Spätestens nach Ablauf von zwei Monaten nach Rechtskraft dieser Entscheidung ist unter Erbringung des Nachweises der rechtsgültigen Hinterlegung der Entschädigungssumme die Besitzeinweisung zu beantragen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Unternehmerin zur Last. Ueber die Höhe der zu gewährenden Entschädigungen hat der Provinzialausschuss nach erfolgter Besitzeinweisung zu entscheiden.

### Aus Stadt und Land.

Siegen, 2. Juli 1914.

\*\* Verein für hessische Geschichte und Landeskunde. Die diesjährige Versammlung des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde findet am 7. August in Kirchhain statt.

\*\* Der Gießener Kohlenbesitzerverein, der jetzt 18 Jahre besteht, hat es während dieser Zeit verstanden, regulierend auf die Brennstoffpreise im Kleinhandel im Interesse der Allgemeinheit einzuwirken. Die Vereinigung bewirkt, ihren Mitgliedern, die sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenschließen, Kohlen usw. auf gemeinschaftlicher Grundlage zum Selbstkostenpreis zuzulassen der Unkosten und 3 Pfa. Verwaltungslohn für den Zentner zu liefern. Der Umsatz für das Winterhalbjahr hat sich auf 53 153 Zentner gegen 48 315 Zentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres gestellt. Die den Mitgliedern berechneten Winterpreise stellten sich für den Zentner: Runkelkohle 1.22 (1.19) M., Anthrazitkohle 1.78 (1.74) M., Hertenkohle 1.54 (1.48) M., Eisenerz-Krautaukohle 0.83 (0.83) M. frei Haus. Das Einbringen in den Keller wird für den Zentner mit 2-3 Pfa. berechnet. Die Vereinigung ist in Siegen der größte Abnehmer in Brennmaterial, soweit der Handel in Frage kommt, der den Kleinhandlungen verlorst.

\*\* Die Heuernte im Bogelsberg. Die Heuernte hat mit Anfang dieser Woche im Bogelsberg allgemein begonnen und fällt durchschnittlich befriedigend aus. Noch vor 14 Tagen rechnete man mit einer schlechten Heuernte, da das Wadengras durch die kalte Bitterung nicht zum Wachstum gekommen ist; doch haben die letzten 8 Tage noch vieles nachgeholt, so daß man mit einem Durchschnittsertrag von 70-80 Prozent rechnen kann. Auf den Bergwiesen steht das Gras allerdings spärlich, dagegen ist auf manchen Talsohlen reichliches Futter vorhanden. Für den Zentner gutes Bienenheu wird von dem Proviantamt Fulda 2.70 M. geboten, frei an Ort und Stelle geliefert. Die Landwirte halten jedoch mit dem Verkauf noch zurück, da sie später auf bessere Preise hoffen. Zudem ist man noch auf den Ausfall den Grummeternte angewiesen, die selbst bei günstigem Wetter im Bogelsberg keinen großen Ertrag liefert, da man wegen des früh einsetzenden Herbstnebels schon zeitig mit dem Grummeternte beginnen muß, wo das Gras noch in bestem Wachstum begriffen ist.

### Landkreis Siegen.

= Sieh, 1. Juli. Für das für den 11., 12. und 13. Juli unter dem Protektorat des Fürsten Karl zu Solms-Hohenseim-Lich gefolante 39. Bundesfest des Bahntal-Sängerbundes arbeiten die einzelnen Ausschüsse mit Eifer, um den alten Ruf Siehs als Feststadt auch diesmal wieder zu Ehren zu bringen. Für 600 auswärtige Sänger sind die Quartiere bereits bereit vorgesehn, das Festbuch mit einer eingehenden Darstellung der Geschichte Siehs wird in nächster Zeit erscheinen und auch auf dem Festpläne beginnen bereits fleißige Hände sich zu regen.

### Kreis Nidringen.

H. Badingen, 30. Juni. Gemeinderatsitzung. Der Rotationsdruck der höheren Bürgerliche Wädendruckerei zu Badingen für 1915 wird vorgelegt. Der Justizrat der Stadt beträgt 250 Mark, die bereits in den städtischen Rotationsdruck eingestelt und gerechnet worden sind. — Die Ausführung der

